

einzigste Beschäftigungssoffensive, die wir spüren, ist im Beamten-sektor bei den Kontrolloren“, sagt Schellhorn. Gastronomien würden sich nicht nur zu oft kontrolliert, sondern auch ungleich behandelt fühlen. Für sie würden Regeln wie Registrierkassen und richtig angebrachte Fliegengitter in Küchen gelten, für Almhütten oder Würstelständer jedoch nicht.

Analyse

Für VW-Aktionäre tickt Uhr immer lauter

VW taktiert mit kurzen Verjährungsfristen des deutschen Rechts – und riskiert so eine Kette von Klagen.

WIEN. Für den Wiener Anwalt Eric Breiteneder ist es vollkommen klar: „Vor dem 18. September erwarte ich nicht viel Reaktion von VW – etwa, was Vergleichsgespräche in Europa betrifft.“ Seine Kanzlei ist in einem internationalen Netzwerk an vorderer Front bei der Aufarbeitung des Falls VW für Anleger tätig. Nach der Einigung in den USA warten die Europäer, vor allem Aktionäre, auf ein Signal aus Wolfsburg – das blieb aber aus.

Warum? Der 18. September ist deswegen das magische Datum, weil am 18. September des Vorjahres die Affäre bekannt wurde und die Kurse der Stamm- und Vorzugsaktie einbrachen. Das deutsche Recht sieht knappe Verjährungsfristen beim Schadenersatz vor: Wer nicht binnen eines Jahres klagt, ist sozusagen

auf einen schönen Altwelber-sommer.

Fußball-EM half wenig

Geschäftsmäßig laufe es ganz gut, aber der Frust in der Branche ob der steigenden Belastung nehme zu, meint Erwin Scheiflinger, Betreiber des Basei Beisls im ersten Wiener Gemein-debezirk. Bisher sei der Sommer

draußen. In Österreich hätte man drei Jahre Zeit, sofern österreichisches und nicht deutsches Recht zur Anwendung kommt.

Laut Breiteneder dürfte VW genau mit dieser kurzen Verjährungsfrist taktieren und darauf spekulieren, dass die Gerichte in Europa deutsches Recht anwenden werden. In der doch eher simplen Rechtslogik von VW scheint daher der springende Punkt zu sein, wie viele Klagen am 19. September tatsächlich auf dem Tisch liegen werden.

Indirekter Zwang

Das Zuwarten könnte für den Konzern aber das Gegenteil von dem bewirken, was er eigentlich will: VW zwingt nämlich damit indirekt Geschädigte, Klagen einzubringen. Abgesehen von Privatrecht – auch in Österreich startet in Kürze einer der ersten Prozesse – gibt es viele institutionelle Anleger, die nun gezwungen sind, Ansprüche zu verfolgen. Sogar Bundesländer wie Bayern (wie be-richtet) oder laut „FAZ“ auch Hessen und Baden-Württemberg

zusperren, was präsentiert be-Rechnung dafür präsentiert be-kommen, glaubt Scheiflinger. „Wenn wir in der Nacht offen haben, ist Licht auf den Straßen und es sind Leute da.“ Das gebe den Leuten gerade in Zeiten wie diesen ein Sicherheitsgefühl. Dass Geschäftessen nicht mehr von der Steuer absetzbar seien, schmerze. Teils werde nur noch Wasser getrunken, weil die Leute

ziehen rechtliche Schritte in Erwägung. Ein Grund ist, dass Verantwortlichen der Länder selbst Prozesse drohen, falls sie Ansprüche gegen VW nicht verfolgen.

Die Summen, um die es für die Bundesländer geht, sind zwar mit Beträgen im einstelligen Millionenbereich oder darunter im Vergleich zu Fonds gering; dennoch haben die möglichen Klagen große Signalwirkung: Denn

US-Vergleich

■ VW hat mit dem 15-Milliarden-US- $\text{\$}$ -Vergleich in den USA nicht alle Probleme vom Tisch: Der Vergleich betrifft nur einen Teil der elf Millionen VW in den USA (vor allem Passat), Milliarden gingen an gemeinnützige E-Mobilitätsfonds oder Behörden. Kunden bekommen mindestens 1900 $\text{\$}$, wenn sie ihr Auto behalten, oder dürfen es zum Wert vor Bekanntwerden der Affäre an VW zurückverkaufen.

die Bank zufriedenen mit dem Geschäft sein“, sagt er. Ihm macht die Zunahme von Festen und Veranstaltungen von Vereinen Sorgen, die für die Branche eine zunehmende Konkurrenz darstellen. Dazu kämen ein akuter Fachkräftemangel und eine „praktisch nicht vorhandene Rechts- und Planungssicherheit“ aufgrund der

die Affäre VW hat somit die deutsche Politik erreicht – das Land Niedersachsen ist nämlich zu 20 Prozent an VW beteiligt. Klagt also das konservative Bayern den Konzern, erwischt es so mit indirekt auch das rot-grün regierte Niedersachsen.

Breiteneder steht in der Vogel-Strauß-Politik von VW gegenüber seinen europäischen Investoren auch eine weitere Gefahr: Prozessfinanzierer haben bereits begonnen, das Feld zu beackern, und lassen sich gegen Erfolgsprämien Ansprüche geschädigter Anleger abtreten. Je mehr Zeit verstreicht, desto mehr Anleger sind bereit, Schäden abzutreten, um zumindest irgendetwas im Fall unternommen zu haben. Die Folge ist, dass am Ende VW nicht mit Fonds, Stiftungen oder Privaten eine Einigung erzielen muss, sondern mit Unternehmen, die aufgrund ihres Geschäftsmodells gezwungen sind, möglichst viel aus dem Fall herauszuholen. Ob das für eine gütliche Einigung wirklich förderlich ist, ist laut Breiteneder eher zweifelhaft. (jaj)

In Kürze

Landmaschinenhersteller Vogl & Noot insolvent

Die Vogel & Noot Landmaschinen GmbH & Co KG ist insolvent, berichtet der KSV1870. Der Grund seien Absatzschwierigkeiten vor allem in den ausländischen Märkten und Schwierigkeiten bei der Restrukturierung der bestehenden Finanzierung, insbesondere aufgrund von Beschränkungen durch die EU-Sanktionen gegen Russland. Davon vor mehr als 140 Jahren gegründete Unternehmen hat 177 Millionen € Passiva, von der Insolvenz sind 108 Arbeitnehmer betroffen. Ein Sanierungsverfahren mit Eigenverwaltung läuft. (apa)

S&T mit Gewinnsprung im ersten Halbjahr

Der in Frankfurt an der Börse notierte Technologiekonzern S&T hat im ersten Halbjahr 2016 auf neue Technologien gesetzt und damit gut verdient. Der Gewinn stieg im Vergleich zur Vorjahresperiode um zehn Prozent auf 6,6 Millionen €, der Umsatz um 4,4 Prozent auf 196,4 Millionen €. (apa)

THOMAS PRESSBERGER
thomas.pressberger@wirtschaftsblatt.at